NEUE JUSTIZ

ZEITSCHRIFT FÜR RECHT
UND RECHTSWISSENSCHAFT

24. JAHRGANG
2. APRILHEFT

8/70

S.225-256

*Prof. Dr. habil. FRITHJOF KUNZ, Sektion „Theorie der Entwicklung des sozialistischen Staates und Rechts“
an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“*

Lenins Ideen über die Arbeitsgesetzgebung und ihre Verwirklichung' in der Deutschen Demokratischen Republik

Als vor nunmehr 25 Jahren deutsche Antifaschisten, unterstützt von der Sowjetischen Militäradministration, in der damaligen sowjetischen Besatzungszone Deutschlands den Weg zu beschreiten begannen, der aus der Katastrophe des zweiten Weltkrieges zu einem neuen, demokratischen und friedliebenden Deutschland führen sollte, waren ihnen die Lehren Lenins, war der Marxismus-Leninismus ein zuverlässiger Kompaß. Die Erkenntnis, daß die schöpferische Anwendung der marxistisch-leninistischen Theorie entsprechend den jeweiligen konkreten Bedingungen Antwort auf alle Fragen in der Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus gibt, gilt für alle Bereiche des gesamten gesellschaftlichen Lebens. Sie gilt voll und ganz für die revolutionäre Umgestaltung der noch von Ausbeutung geprägten Arbeitsverhältnisse, für die staatliche Tätigkeit zur Herausbildung und Förderung der neuen, auf dem gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln gegründeten sozialistischen Arbeitsverhältnisse; sie gilt ebenso für denjenigen Zweig unseres einheitlichen Rechts, der diesen revolutionären Prozeß der Herausbildung und Festigung neuer Arbeitsverhältnisse maßgeblich unterstützen half: für das Arbeitsrecht.

Die Ideen Lenins über die Entwicklung des sozialistischen Charakters der Arbeit, über die sozialistische Gestaltung der Arbeitsverhältnisse durch Staat und Recht stellen ein unerläßliches theoretisches Rüstzeug sowohl für das Studium der Entwicklung des Arbeitsrechts auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik als auch für die wirksame Anwendung der Arbeitsrechtsnormen in der Gegenwart dar. Sie geben auch wichtige Impulse für die zukünftige Entwicklung dieses Rechtszweiges.

Die historischen Erfahrungen und Erfolge der Arbeiterklasse und aller Werktätigen sind ein anschaulicher Beweis für die Lebenskraft der Leninschen Ideen auch in der Arbeitsgesetzgebung. Bei allen Schritten, die nach 1945 auf dem Gebiet der Gesellschafts- und Staatsentwicklung im Osten Deutschlands gegangen wurden, ließen sich die Werktätigen, geführt von der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, be-

sonders von drei wichtigen theoretischen Erkenntnissen aus dem umfassenden Werk Lenins leiten¹:

Erstens wurde aus den Lehren Lenins über den Imperialismus die Schlußfolgerung gezogen, daß bei uns in konsequenter Verwirklichung des Potsdamer Abkommens die Macht des Monopolkapitals ein für allemal beseitigt werden mußte.

Zweitens haben wir in Anwendung der Leninschen Staatstheorie die führende Rolle der Arbeiterklasse im Staat gewährleistet.

Drittens wurde Lenins Theorie über die zwei Taktiken in der demokratischen Revolution auf die Entwicklungsbedingungen in Deutschland angewandt. Dementsprechend wurde nach 1945 die antifaschistisch-demokratische Revolution durchgeführt.

In diese Politik bettete sich harmonisch die Entwicklung des neuen Arbeitsrechts ein. Die Voraussetzung für seine Schaffung und seinen steten Ausbau ist gerade die Verwirklichung dieser Leninschen Lehren gewesen. Das soll im folgenden an einigen wichtigen Entwicklungsstadien unseres Arbeitsrechts dargestellt werden.

Die Arbeitsgesetzgebung in der antifaschistisch-demokratischen Revolution

Nach der Zerschlagung des Faschismus standen die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten zunächst vor der Aufgabe, die bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende zu führen und eine antifaschistisch-demokratische Ordnung zu schaffen. Es kam darauf an, die alten Machtorgane des imperialistischen deutschen Staates vollständig zu zerbrechen und neue, antifaschistisch-demokratische Staatsorgane zu schaffen, die den Aufbau einer friedlichen, demokratischen Ordnung auf deutschem Boden sicherten. Der Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands, vom 11. Juni 1945 und die auf dem Vereinigungsparteitag am 21. April 1946 be-

¹ Vgl. W. Ulbricht, Schlußwort auf der staats- und rechtswissenschaftlichen Konferenz in Babelsberg am 2. und 3. April 1958, in: Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945-1958, Berlin 1958, S. 678.